

Romneys Aussenpolitik – ein Anlass zur Sorge?

USA Der Herausforderer von Barack Obama steht fest – die aussenpolitischen Ideen des Republikaners sind unscharf

VON KLAUS LARRES, CHAPEL HILL

«**RUSSLAND IST AMERIKAS** geopolitischer Feind Nr. 1», verkündete Mitt Romney kürzlich. Mit dieser Erkenntnis überraschte der republikanische Präsidentschaftskandidat die weltweite Öffentlichkeit. Denn das liess darauf schliessen, dass Romney die Atomkrise mit Iran und die von der Kaida ausgehenden Gefahren weniger bedrohlich fand als die gar nicht so schlechten Beziehungen mit Moskau. Gleich wurden Vermutungen laut, dass der frühere Gouverneur von Massachusetts immer noch in der Welt des Kalten Krieges lebe und über wenig aussenpolitische Expertise verfüge. Der russische Präsident Dmitri Medwedew war rasch mit Rat und Tat zur Stelle. «Wir schreiben das Jahr 2012», belehrte er Romney aus dem fernen Moskau. «Wir befinden uns nicht mehr in der Mitte der 1970er-Jahre.»

BISHER IST ROMNEY im Wahlkampf nicht durch grosses aussenpolitisches Wissen aufgefallen. Bereits in einer Grundsatzrede an einer Militärakademie in South Carolina im Oktober 2011 schien er die internationale Lage der Vergangenheit zu beschwören. Romney rief zu einer Stärkung der militärischen und wirtschaftlichen Lage der USA auf. Amerika müsse nach wie vor die «stärkste Nation der Erde» bleiben. In einem neuen «amerikanischen Jahrhundert», erklärte Romney nicht ohne eine gewisse Überheblichkeit, werde «Amerika die freie Welt führen und die freie Welt wird die ganze Welt führen». Zwar sei die Kooperation mit anderen Nationen wichtig, doch letztlich müsse Washington «sich immer das Recht vorbehalten alleine

In der Nominierungsschlacht fiel Romneys wenig durchdachtes aussenpolitisches Programm selten auf.

zu agieren, um seine vitalen nationalen Interessen zu schützen».

Dies klang sehr nach den neokonservativen Prinzipien, die George W. Bush 2003 veranlasst hatten, den Irak-Krieg vom Zaum zu brechen. Tatsächlich besteht das 24-köpfige aussenpolitische Beraterteam, mit dem Romney sich umgeben hat, zum grössten Teil aus ehemaligen Angehörigen der Bush-Administration.

IN DER NOMINIERUNGSSCHLACHT der Republikanischen Partei, in der sich der Mormone mit dem rechtskonservativen und religiös eifernden Rick Santorum oder Rick Perry und auch dem zum Katholizismus konvertierten dreimal verheirateten Newt Gingrich auseinandersetzen musste, fiel Romneys wenig durchdachtes aussenpolitisches Programm selten auf. Die Diskussion wurde monatelang von der schwierigen ökonomischen Lage und der hohen Arbeitslosigkeit in den USA geprägt. Doch mit der sich bessernden Wirtschaftslage, der Erholung des Immobilienmarktes und den sich verbessernden Arbeitslosenzahlen erhalten andere Themen im Wahlkampf grössere Aufmerksamkeit. Zumal die Wahlkampfstrategen von Barack Obama kräftig versuchen, die Aussenpolitik des Präsidenten zum Thema zu machen. Denn hier kann Obama durchaus viele Erfolge ins Feld führen.

IMMERHIN IST ES dem Präsidenten gelungen, Osama Bin Laden, den Urheber der Anschläge vom 11. September 2001, unschädlich machen zu lassen. Er hat auch die meisten US-Soldaten aus dem Irak zurückgezogen und das Ende des amerikanischen Engagements in Afghanistan ist fest für 2014 eingepflanzt. Daneben hat Obama umfangreiche Freihandelsabkommen mit Südkorea, Kolumbien



Der republikanische Mächtetern-Präsident Mitt Romney feilt an seinem staatsmännischen Auftreten.

KEY

und Panama ins Leben gerufen. Es gelang ihm zusammen mit Frankreich und Grossbritannien, den libyschen Diktator Gaddafi aus dem Weg zu räumen. Trotz aller Vorsicht und allen Taktierens macht Obama auch im Arabischen Frühling keine schlechte Figur. Selbst die Beziehungen mit solch schwierigen Diktaturen wie Nordkorea und Burma konnten vergleichsweise konstruktiv gestaltet werden. Bereits vor zwei Jahren einigte Obama sich mit Moskau darauf, weitere Reduktionen in den Nukleararsenalen der beiden Länder durchzuführen. Obama gelang es, das unter Bush II angeschlagene Verhältnis zur EU und zu den Europäern wieder auf gesündere Füsse zu stellen. Ungeachtet der Eurokrise und manch herber amerikanischer Kritik an der europäischen Finanz- und Schuldenpolitik sind die transatlantischen Beziehungen derzeit gut und konstruktiv.

Das alles macht es Romney schwer, Obamas Aussenpolitik wirksam anzugreifen. Bisher hat er sich daher darauf beschränkt, Obama und Hillary Clintons Politik mit überzogener und simplifizierender und bombastischer Rhetorik anzugreifen. Insbesondere kritisiert er die Politik der Regierung gegenüber Israel, Iran und Russland. Er wirft Obama vor, dem internationalen Ansehen der USA durch eine zu nachgiebige Politik ge-

schadet zu haben. Eine gross angelegte Attacke auf die seiner Ansicht nach zu schwache und inkonsistente Aussenpolitik Obamas wurde von der Administration jedoch sofort scharf und überzeugend in einem langen Brief an das Magazin «Foreign Policy» zurückgewiesen. Mit Romneys Forderung, Obama solle die Protokolle seiner Besprechungen mit führenden ausländischen Politikern veröffentlichen, gab der Republikaner sich der Lächerlichkeit preis.

VOR ALLEM ABER LEGT Romney nur selten konkrete Vorschläge für eine alternative US-Aussenpolitik vor. Er beschränkt sich vielmehr auf die Denunzierung der derzeitigen Administration und darauf, plakative Äusserungen zu machen. Das kommt im republikanischen Lager gut an. Bei den meisten Experten ruft es dagegen grosses Schaudern hervor. Bei einer genaueren Analyse der aussenpolitischen Deklarationen wird schnell klar, dass die Aussenpolitik eines Präsidenten Romney grosse Ähnlichkeit mit der pragmatischen Aussenpolitik von Obama haben würde. Allerdings deutet sich auch eine an Bush erinnernde, stärker ideologisch-missionarische Ausrichtung an. Romney entpuppt sich dabei zwar nicht als gefährlicher und risikofreudiger Politiker, der die USA oh-

ne weiteres in den nächsten Krieg führen würde, wie es oftmals von seinen demokratischen Gegnern behauptet wird. Doch würde ein Präsident Romney sich mehr als Obama von einem Grossmachtverständnis leiten lassen, welches das internationale Prestige und die vermeintliche Glaubwürdigkeit der einzigen verbliebenen Supermacht viel mehr betonen würde.

BEISPIELSWEISE SETZT sich Romney stark für ein höheres Verteidigungsbudget ein. Auch lehnte Romney anfänglich den amerikanischen Rückzug aus Irak und den geplanten Rückzug aus Afghanistan ab. Doch wegen der grossen Kriegsmüdigkeit in den USA ist ein Ende der Kriege bei der Bevölkerung sehr populär. Romney konnte daher gar nicht anders, als Obamas Strategie letztlich zuzustimmen. Gleichzeitig betont er immer wieder, dass er sich mehr als Obama von der Meinung der Militärs hätte leiten lassen. Das wäre aber auf ein längeres Engagement im Irak und in Afghanistan hinausgelaufen.

Besonders kritisch geht Romney mit Obama in Sachen Iran und Israel um. Immer wieder weist er darauf hin, dass die USA keinesfalls mit einem Israel feindlich eingestellten Regime kooperieren würden. Im Gegensatz zu Obama sieht Romney das iranische Regime nicht als «rationalen

Akteur» an, mit dem sinnvolle Verhandlungsergebnisse zu erreichen sind. Viel stärker als Obama ist Romney bereit, die Entwicklung einer iranischen Atombombe auch mit militärischen Machtmitteln zu verhindern. Allerdings will er dafür keine US-Bodentruppen einsetzen, sondern sich auf scharfe Sanktionen und Bombardierungen beschränken. Den Einsatz taktischer Atomwaffen schloss er dabei in einer TV-Debatte nicht aus. Doch ist keinesfalls davon auszugehen, dass ein Präsident Romney gleich zu militärischen Mitteln greifen würde, um die iranische Atomkrise zu lösen.

BESONDERS SCHARF geht Romney mit der US-Politik gegenüber Israel um. Er wirft Obama vor, mit seinem Friedensplan von 2011 – der die Herstellung der Grenzen von 1967 als Grundlage von Verhandlungen vorsah – Israel «unter einen Bus geworfen» zu haben. Romney steht der Politik des israelischen Premiers Benjamin Netanjahu, einschliesslich der Siedlungspolitik der Regierung, erheblich positiver gegenüber als der derzeitige Präsident. Er findet es inakzeptabel, dass Obama immer grösseres Verständnis für die Position der Palästinenser aufbringe. Eine Rückkehr zu den Grenzen von 1967 sei absolut indiskutabel. Israel müsse gestärkt und nicht geschwächt werden.

Mit Hinblick auf den Bürgerkrieg in Syrien hat sich Romney mehrmals für eine Bewaffnung der Oppositionsgruppen gegen das Assad-Regime ausgesprochen. Dies, so Romney, sollte am besten in Kooperation mit Saudi-Arabien und der Türkei geschehen. Ein militärisches Eingreifen der

Im Zuge von Romneys Wahlkampfkampagne ist Europa schon fast ein Schimpfwort geworden.

USA, so wie in Libyen, oder die Herstellung von Flugverbotszonen lehnt aber auch Romney in Übereinstimmung mit Obama ab.

ÜBER EUROPA hat sich Romney bisher nur abfällig geäussert. Im Kontext der Eurokrise hat er für die Südeuropäer Worte wie «faul» und «verwöhnt» benutzt. Immer wieder weist er darauf hin, dass ein Präsident Romney keinesfalls die «sozialistischen» Ideen Europas übernehmen würde. Im Zuge der Wahlkampfkampagne Romneys ist Europa in der Tat schon fast ein Schimpfwort geworden. Das ist umso paradoxer als es ja gerade die fiskalen konservativen Ideen von Angela Merkel, Nicolas Sarkozy und David Cameron sind, die ein ausgeglichenes Haushaltsbudget und stark abgespeckte Staatsausgaben befürworten – alles Positionen, die von den US-Republikanern ebenfalls enthusiastisch vertreten werden.

DIE AUSSENPOLITIK eines Präsidenten Romney würde wieder stärkere ideologisch-missionarische Züge haben als unter Obama. Aber Anlass zur Sorge gibt es nicht, dass Romney sich leichtfertig auf aussen- und militärische Abenteuer einlassen würde. Die oftmals ausufernde Rhetorik eines Wahljahres darf keinesfalls mit ernsthaften politischen Absichten verwechselt werden. Das gilt auch für die Aussenpolitik, die ein Präsident Romney verfolgen würde.



Klaus Larres ist Professor für Geschichte und internationale Beziehungen an der University of North Carolina in Chapel Hill, North Carolina.